

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	13.04.04

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.03.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Gudrun Winkels-Haupt

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Herr Thomas Römer (Caritasverband), Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (beide Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Birgitt Wallraff (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Eva Gienger (Bundesagentur für Arbeit), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche) ab 16.12 Uhr, Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche) bis 17.25 Uhr (einschl. TOP 6), Frau Christine Burmeister (Evang. Kirche) ab 17.25 Uhr (TOP 7), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend u. Integration), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt u. Soziale Dienste),

Ausländerbeirat

Herr Frederick Mann

Bezirksjugendräte

Julia Bartelt, Andreas Helsper

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Christine Schmidt (201 - Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Herr Dieter Verst (SB 208 - Jugend & Freizeit), Frau Roswitha Bocklage (000.4 - Gleichstellungsstelle)

Schriffthführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr Ende: 17:56 Uhr

Es besteht Einvernehmen, den erst vor der Sitzung ausgelegten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Haushaltsplanberatungen (Drs.-Nr. VO/2679/04) als neuen TOP 4.3 zu behandeln.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.01.04

Bezirksjugendrat **Andreas Helsper** weist darauf hin, dass er in der Niederschrift über die letzte Sitzung unter dem falschen Vornamen Peter Fabian aufgeführt worden ist.

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat **Andreas Helsper** berichtet über das Ergebnisse des Workshops der Bezirksjugendräte am 7. Febr. 2004. Man habe sich über neue Strukturen für die Wahl und die Arbeit der Bezirksjugendräte Gedanken gemacht. Künftig solle jede/jeder Wahlberechtigte jede/jeden Kandidatin/Kandidaten im gesamten Stadtgebiet wählen können. Kandidieren könnten dann auch alle Wahlberechtigten für den Bezirk, für den sie arbeiten wollten, unabhängig davon, wo sie in Wuppertal wohnten. Außerdem schlage man vor, das Wahlrecht und die Wählbarkeit vom 14. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres um ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Beide Bezirksjugendräte sprechen sich nachdrücklich gegen den Vorschlag der Verwaltung aus, die Mittel für die Bezirksjugendräte zu kürzen (Drs.-Nr. VO/2619/04, Anlage 3, mit Vorschlägen zu weiteren Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen). Die Bezirksjugendräte dürften nicht zum Sparschwein der Verwaltung werden.

Herr Dr. Kühn äußert sich zu den Überlegungen der Bezirksjugendräte. Die Verwaltung habe ganz bewusst die Bezirksjugendräte in die Diskussion über eine Neukonzeption einbezogen. Jetzt werde innerhalb der Verwaltung geklärt, ob eine 1:1-Umsetzung möglich ist. Auf jeden Fall müssten aber die finanziellen Rahmenbedingungen eingehalten werden.

3 Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal Vorlage: VO/2594/04

Herr Römer präzisiert und erweitert die von der Verwaltung zum Zielbereich 3 „Lebensqualität, Soziales, Kultur und Sport“ formulierten Aussagen.

Herr Gerlach unterstützt den Ansatz von Herrn Römer.

Frau Güster fordert einen Sachstandsbericht des Teams Kinderfreundlichkeit.

Herr Dr. Kühn hofft, bis zur nächsten Sitzung einen Bericht vorlegen zu können.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

Das Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal wird beschlossen.

Einstimmigkeit

4 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes 2004/2005

4.1 Weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005

Vorlage: VO/2619/04

Der Vorsitzende sieht angesichts der vom Land verabschiedeten Sparmaßnahmen und der finanziellen Notlage der Stadt so gut wie keinen Handlungsspielraum bei den Haushaltsplanberatungen.

Herr Ramette vertritt die Auffassung, dass den freien Trägern trotz der schwierigen Rahmenbedingungen das Recht eingeräumt werden muss, ihre Anträge zu begründen. Die Anträge dürften nicht einfach ignoriert werden.

Herr Römer betont, dass die in der Drs.-Nr. VO/2619/04 vorgeschlagene Kürzung der Zuschüsse von den Wohlfahrtsverbänden nicht hingenommen werden kann.

Herr Dr. Kühn erklärt, dass es sich bei dieser Position um sämtliche an Dritte gezahlte Zuschüsse handelt. Welcher Anteil davon auf den Jugend- und Sozialbereich entfalle, müsse noch festgelegt werden. Sollte die Vorlage die Zustimmung des Rates der Stadt finden, würde die Verwaltung entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Frau Güster lehnt die Kürzung der Zuschüsse ab. Die Strukturen im Jugend- und Sozialbereich würden dann wegbrechen.

Herr Dr. Kühn und **Herr Verst** antworten auf Fragen von Herrn Gerlach zur Informations-Drs. 2622/04. Die Verwaltung teile die Sorge um den Bestand der Jugendeinrichtungen. Die freien Träger müssten 2004 auf Landesmittel in Höhe von 94.000 €, die Stadt auf 75.000 € für die OT-Einrichtungen verzichten.

Herr Schmalenbeck kritisiert die Kürzungspolitik des Landes, die vom Jugendhilfeausschuss nach seiner Auffassung nicht einfach so hingenommen werden darf. Er regt an, in der nächsten Sitzung in einem nichtöffentlichen Teil über das Selbstverständnis des Jugendhilfeausschusses zu diskutieren. Der Ausschuss verkomme entgegen seines gesetzlichen Auftrages zu einem Protestgremium, da wegen fehlender Finanzmittel nichts mehr entschieden werden könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Resolution an die Landtagsabgeordneten zu verfassen. Er hält es allerdings für unwahrscheinlich, dass der Landtag seine Entscheidungen zum Landeshaushalt 2004/2005 noch einmal überdenken wird.

Herr Verst erinnert an die bereits vom Rat der Stadt verabschiedete Resolution.

Herr Schwarz sieht es als eine Katastrophe an, dass zwei nach seiner Auffassung auch politisch wichtige Bereiche wie die Förderung von Internationalen Jugendbegegnungen und Fahrten zu Gedenkstätten von Verbrechen des Na-

tionalsozialismus vom Land „auf Null gefahren“ werden.

Herr Gerlach ist bereit, einen entsprechenden Resolutionsantrag als „Mahn- und Erinnerungsantrag“ mitzutragen.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von **Herrn Dr. Kühn** zu folgen und eine von der Verwaltung mit dem Vorsitzenden abzustimmende Resolution des Jugendhilfeausschusses an die Wuppertaler Landtagsabgeordneten und Wuppertaler Abgeordneten in der Landschaftsverbandsversammlung zu verfassen.

Frau Richling fordert, dass alle politischen Entscheidungen zur Umsetzung von Kürzungsvorschlägen zuvor im Jugendhilfeausschuss ausreichend diskutiert werden können.

Herr Mucke lehnt für seine Fraktion die Kürzung der Zuschüsse um 750.000 € (2005) bzw. 1,5 Mio. € (2006 ff.) und der Mittel für die Bezirksjugendräte um 5.000 € ab. Er beantragt deshalb, die Position Nr. 1 in der Anlage 2 und die Position „Partizipation - Bezirksjugendräte“ in der Anlage 3 zur Drs.-Nr. VO/2619/04 zu streichen.

Herr Gerlach stimmt dem Antrag von Herrn Mucke grundsätzlich zu, sieht aber angesichts der städtischen Finanzlage keine Möglichkeit, die Vorschläge der Verwaltung zu blockieren.

Beratungspause von 17.02 – 17.12 Uhr

Herr Gerlach beantragt für seine Fraktion, den Punkt 1 des Beschlussvorschlages mit dem Hinweis zu ergänzen, dass die den Jugendhilfebereich betreffenden Kürzungen vor ihrer Umsetzung dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen.

Der **Vorsitzende** lässt zuerst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

- (1) Die in den Anlagen 2 und 3 zusammengestellten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung werden bis auf die Position 1 in der Anlage 2 (Zuschüsse) und die Position „Partizipation - Bezirksjugendräte“ in der Anlage beschlossen.
- (2) Soweit sie bereits „haushaltsstellenscharf“ zugeordnet werden können, werden sie über die Veränderungsnachweisung in den Haushaltsplan 2004/2005 übernommen.
- (3) Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung einzelner Maßnahmen noch notwendigen Beschlüsse rechtzeitig vorzubereiten. Soweit die Realisierung von Konsolidierungsmaßnahmen Beteiligungsrechte des Personals berührt, sind die entsprechenden Verfahrensschritte rechtzeitig einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen keine Enthaltung

Damit ist der weitergehende Antrag der SPD-Fraktion angenommen. Der Antrag der CDU-Fraktion hat sich erledigt.

4.2 Information des Landschaftsverbandes Rheinland zur Umsetzung des Landesjugendplanes 2004
Vorlage: VO/2622/04

Entgegennahme ohne Beschluss

4.3 Beantragung eines weiteren TOP zu VO/1989/03
Vorlage: VO/2679/04

Es besteht Einvernehmen, die Anträge der freien Träger im Rahmen der Möglichkeiten bei den weiteren Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

4.4 Weitere Information des Landschaftsverbandes Rheinland zu den Auswirkungen des Landeshaushalts NRW auf den Förderbereich der Kinder- und Jugendhilfe
Vorlage: VO/2670/04 (vor der Sitzung ausgelegt)

Siehe unter TOP 4.1!

5 Erhalt der "Integrativen-Waldorf-Kindertagesstätte - gemeinsamer Antrag der BV Fraktionen an den Rat der Stadt -
Vorlage: VO/2341/03

Frau Güster, Herr Gerlach und Herr Schmalenbeck setzen sich für den Erhalt der Einrichtung in der bisherigen Form ein.

Herr Dr. Kühn sieht gute Chancen, für die weitere Nutzung des Obergeschosses eine Lösung zu finden. Das städt. Gebäudemanagement habe sich bereit erklärt, die notwendige Treppe zu errichten. Die Finanzierung könne dann über eine erhöhte Miete erfolgen. Bei jeder Entscheidung müsse aber darauf geachtet werden, den Träger gegenüber anderen Trägern nicht besser zu stellen.

Frau Wallraff weist darauf hin, dass der DPWV selbst keine Kredite vergeben kann. Es handele sich vielmehr um eine Tochtergesellschaft.

Es besteht Einvernehmen, nach einer Lösung für einen Erhalt der Einrichtung in der bisherigen Form ohne Bevorzugung gegenüber anderen Trägern zu suchen.

6 Bauleitplanverfahren Nr. 634 - Funckstraße - (Flächennutzungsplanänderung und 2. Änd. des Bebauungsplanes) - Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/1522/03

Herr Verst erläutert die Vorlage. Es müsse jetzt eine Entscheidung über den Ankauf des Grundstücks getroffen werden, da das Vorkaufsrecht zum Ende des Jahres auslaufe. Über den Ausbau zu einer Spielfläche (Kategorie B, kleine Kinder u. Jugendliche) könne dann zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Schmalenbeck, Herr Dr. Kühn und Herr Ramette.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

1. Der Geltungsbereich der Änderung der Bauleitpläne umfasst eine Fläche wie sie sich aus der Anlage 01, 02 und 07 ergibt.
2. Die Aufstellung und Offenlegung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes wird gemäß § 2 (4) und § 3 (2) BauGB beschlossen. Der Erläuterungsbericht und die Begründung gemäß § 3 (2) BauGB sind beigelegt.
3. Von einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung i. S. des § 3 (1) BauGB wird abgesehen.

Einstimmigkeit

7 Berichte

7.1 Einrichtung von offenen Ganztags-Grundschulen (mündl. Bericht)

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass wegen des noch nicht abgeschlossenen verwaltungsinternen Abstimmungsverfahrens vor der heutigen Sitzung noch keine Vorlage auslegt werden konnte.

Hinsichtlich der von der Schließung des Hortes Reichsgrafenstr. betroffenen Kinder der Kath. Grundschule Reichsgrafenstr. sei dagegen eine Lösung gefunden worden. Die Bezirksregierung lasse jetzt die Möglichkeit zu, dass die Kinder der Kath. Grundschule ohne Schulwechsel in einer Gruppe der Gemeinschaftsgrundschule betreut werden können.

Herr Ippendorf bedauert, dass die freien Träger aus dem Jugendhilfebereich bisher nicht im ausreichenden Maße in die Beratungen eingebunden worden sind.

Herr Ramette kritisiert, dass der Jugendhilfeausschuss noch nicht die Schulen kennt, die von der Verwaltung zur Umwandlung in offene Ganztags-Grundschulen vorgeschlagen werden, obwohl die Schulen bereits im Arbeitskreis Grundschule genannt worden sind.

Nach Auffassung von Herrn **Schmalenbeck** haben die Träger der Jugendhilfeeinrichtungen keine Möglichkeit, an der Erarbeitung der Betreuungskonzepte für die beteiligten Schulen mitzuwirken. Ihnen würden nur die Ergebnisse vorgestellt. Ihnen bleibe dann nur noch die Möglichkeit, sich unter den gegebenen Vorzeichen mit einzubringen oder aber sich zurückzuziehen.

Frau Wallraff äußert ebenfalls ihre Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verlauf des Verfahrens. Die vom Land geforderte „gleiche Augenhöhe“ zwischen Schulträgern und freien Trägern gebe es in Wuppertal nicht.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von Herrn Mucke zu folgen und erneut zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Schulausschuss zu diesem Thema am 17.03.04 zusammenzukommen.

7.2 Sprachförderung (mündl. Bericht)

Frau Weidenbruch berichtet über die Sprachförderung in den Tageseinrichtungen für Kinder. Der Bericht ist als Anlage beigelegt.

Frau Burmeister bestätigt die positiven Aussagen von Frau Weidenbruch.

7.3 Arbeitskreis "Hilfen bei sexueller Gewalt", 1. Bericht
Vorlage: VO/2506/04

Frau Weidenbruch bestätigt die gute fachliche Arbeit des Arbeitskreises, der den Mitarbeiterinnen in den Tageseinrichtungen für Kinder nach ihrer Auffassung ein wirksames Unterstützungssystem anbietet.

7.4 "Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änderung anderer Gesetze"
Vorlage: VO/2578/04

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 02.03.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

7.5 Sachstandsbericht Drogenkonsumraum
Vorlage: VO/2510/04

Herrn Mucke schlägt vor, die Möglichkeit zu prüfen, ob der Drogenkonsumraum durch veränderte Öffnungszeiten an den Wochentagen auch am Wochenende geöffnet werden kann.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe zu klären, ob der Drogenkonsumraum durch veränderte Öffnungszeiten an den Wochentagen auch am Wochenende geöffnet werden kann.

Einstimmigkeit

8 Wünsche und Anregungen

Es besteht Einvernehmen, der Anregung von **Herrn Ramette** zu folgen und Herrn Schnapka vom Landschaftsverband zu einem Informationsgespräch über die Auswirkungen von „Hartz IV“ (Zusammenführung von Hilfe zum Lebensunterhalt und Arbeitslosenhilfe) gemeinsam mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit einzuladen.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer

Anlage zu TOP 7.2

Bericht zu „Maßnahmen zur Sprachförderung in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder“ im Kindergartenjahr 2002/03

1. Einführung:
2. Einrichtungen / Standorte
3. Finanzielle Förderung
4. Konzeption
5. Begleitung
6. Kooperationspartner
7. Fortbildung
8. Gesamtüberblick
9. Evaluation
10. Ausblick
11. Auswertung

1. Einführung

In den städtischen Kindertageseinrichtungen werden Kinder aus mehr als 20 verschiedenen Nationen betreut. Manchmal haben in einer Einrichtung mehr als 75 %, teilweise in Gruppen 95% (fast ausschließlich) der Kinder eine andere Muttersprache als die deutsche.

Immer mehr Kinder aus zugewanderten Familien besuchen die Einrichtungen des Elementarbereichs. Die Anzahl der deutschsprachigen Kinder in den Tageseinrichtungen nimmt ab. Damit entfällt die Motivation zum Sprechen der deutschen Sprache. Die kindlichen Sprachvorbilder, die in spielerischer Weise Sprachfortschritte ermöglichen könnten, werden weniger. Oft ist nur noch die pädagogische Fachkraft Sprachvorbild.

Aus diesem Konflikt entwickelte die Arbeitsgruppe „AGIL“ (Arbeitsgruppe „Interkulturelles Lernen“) im Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder das Konzept „Interkulturelle Standards“.

Daraus entstanden weitere Schritte und Konzeptionen:

- Konzeption zur Sprachförderung in den städtischen Kindertageseinrichtungen
- die Projektierung und Umsetzung des Modellprojektes „Interkulturelles Lernen“
- die Entwicklung von Fortbildungsangeboten für die Fachkräfte zum Thema „Interkulturelles Lernen, Sprachentwicklung, Methoden der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit“.

Innerhalb des Stadtbetriebes Tageseinrichtungen für Kinder sind im vergangenen Kindergartenjahr 2 Fördermaßnahmen parallel organisiert worden.

Dabei handelte es sich

- a) um die Sprachfördermaßnahmen nach dem RdErl. d. Ministeriums für Frauen, Jugend und Gesundheit und des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung v. 17.5.2002 - IV3 - 6252.04.31
- b) um die Projekte „Interkulturelles Lernen“

2. Einrichtungen / Standorte

- a) Das Projekt wurde in 7 städt. Tageseinrichtungen durchgeführt:

Sonnenstr.	Wichlinghauser Schulstr.
Friedrich-Engels-Allee	Märkische Str.
Krummacherstr.	Olgastr.
Gutenbergstr.	

- b) Das Projekt „Interkulturelles Lernen“ wurde in 3 städt. Tageseinrichtungen durchgeführt:

Oberdörnen	Höchsten
------------	----------

Marienstr.

3. Finanzielle Förderung

a) Die Sprachförderprojekte

Die Angebote nach Nr. 2.2.1 werden durch die Landesregierung mit 2.045 € gefördert. Die einzelne Maßnahme umfasst 5 Fachkraftstunden wöchentlich, was einem Gesamtumfang von 200 Stunden in 10 Monaten entspricht.

Die Förderung ist von Jahr zu Jahr auf 10 Monate befristet. Die Laufzeit ist zunächst bis zum Jahr 2007 befristet. Die ersten Projekte starteten im Oktober 2002.

b) Die Projekte „Interkulturelles Lernen“ sind durch die Anordnung zusätzlicher Fachkraftstunden durch das Landesjugendamt Rheinland möglich geworden.

Entstanden ist das Projekt aus dem erhöhten Bedarf zur Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund. Je nach Größe der Einrichtung wurden unterschiedliche Stundenanteile einer zusätzlichen pädagogischen Fachkraft angeordnet. Das Modell ist auf 3 Jahre befristet und läuft zum 31.07.04 aus.

4. Konzeption

Die von der pädagogischen Fachberatung des Stadtbetriebes Tageseinrichtungen für Kinder im Febr. 2002 entwickelte Konzeption bezieht sich auf die Maßnahmen nach dem Erlass des Ministeriums.

5. Begleitung

a) Die Gesamtmaßnahme „Sprachförderprojekte“ wird fachlich begleitet und gesteuert durch die pädagogische Fachberaterin, Frau Maiworm-Jäckel. Neben Fortbildungen, die den Fachkräften angeboten werden, finden regelmäßige Treffen zum Austausch, zur Organisation und Weiterentwicklung des Projektes statt.

b) Auch das Projekt „Interkulturelles Lernen“ wird durch die pädagogische Fachberaterin, Frau Maiworm-Jäckel, begleitet.

Der Aufbau der inhaltlichen Arbeit aller Gruppen wurde unterstützt durch

- Auftaktveranstaltung: Informationen zu rechtlichen und organisatorischen Vorgaben, Vorstellen des Konzeptes
- Einweisung in die Handhabung eines Beobachtungsbogens zur Sprachentwicklungseinschätzung
- Verbindliche Fortbildung zum Thema „Didaktik / Methodik der Sprachförderung“ Referentin: Frau Voos am 30.09.02
- Weitere Fortbildung (Tagung) gemeinsam mit Grundschullehrern/-innen am 04.12.02
- Start der neuen PIQUE-Ausbildung, empfohlen für alle Erzieherinnen, die in der Sprachförderung tätig sind
- Regelmäßiges Treffen als Arbeitsgruppe (mind. alle 2 Monate), begleitet durch pädagogische Fachberatung; vorrangig zum Austausch, als Ideenbörse, Klären organisatorischer und fachlicher Probleme, Entwicklung von Grundlagen für Folgeprojekte: zeitliche und personelle Ressourcen, Analyse, Sprachentwicklungsstand ermitteln, Gruppengröße und Zusammensetzung, Umfang und Inhalte von Fortbildung, fachliche Begleitung

6. Kooperationspartner

Zusammenarbeit mit der RAA

Die Anträge aller Tageseinrichtungen zur Sprachförderung werden zentral über die RAA gestellt. Frau Meyer, bei der RAA zuständig für den Elementarbereich, ist zuständig für die Erstellung eines städtischen Gesamtkonzeptes der interkulturellen Arbeit.

Die RAA organisiert für Tageseinrichtungen für Kinder Fortbildungen im Bereich Sprachförderung, interkulturelles Lernen, Mehrsprachigkeit.

Sie ist zuständig für die Vernetzung der unterschiedlichen Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund.

Zusammenarbeit mit den Grundschulen

Wir versuchen mit Unterstützung der RAA, die eine koordinierende Funktion hat, die Sprachfördermaßnahmen mit den schulischen Angeboten zur Sprachförderung abzustimmen

Zusammenarbeit mit Bergischen Universität Wuppertal

Frau Prof. Dr. Röhner, Fachbereich Erziehungswissenschaften, zuständig für den „Übergang“ Elementarbereich → Primarbereich)

Im Sommersemester fand ein Praxisseminar zum Thema „Sprachförderung“ statt. Es wurden unterschiedliche Modelle vorgestellt und Beobachtungsbögen entwickelt. Die Studenten/-innen sollen im Folgesemester die Möglichkeit haben, einen Vormittag wöchentlich in der Praxis, d.h. in unseren Einrichtungen Kinder beobachten.

Falls weiterhin die Möglichkeit besteht, werden einzelne Kinder nach dem Übergang in die Grundschule weiter beobachtet, um die Weiterentwicklung ihrer sprachlichen Kompetenz zu bewerten.

Kooperation mit der städtischen Familienbildungsstätte, Frau Scheer

Die Familienbildungsstätte führt seit ca. 2 Jahren „Gesprächskreise für Mütter aller Nationen“ durch. Hier werden Themen, die die Familie betreffen, den Kindergarten, die Sprachförderung, die Einschulung etc. besprochen.

7. Fortbildungen

In der Anlage finden Sie Fortbildungen, die im Laufe des Jahres systematisch den im Projekt tätigen Fachkräften angeboten wurden (nicht beigefügt!!!)

8. Gesamtüberblick der abgeschlossenen Sprachfördermaßnahmen

Anzahl der Gruppen: 7

Geförderte Kinder pro Gruppe: 10, insgesamt 70

Abbrüche durch Umzug,
Wechsel in schul. Maßnahmen: 18

Einschulungsjahr: 2003

Dauer des Kindergartenbesuchs: mehr als 2 Jahre ca.70 %
zwischen 2 Monaten
und bis zu 2 Jahren 30 %

Alter der Kinder zu Beginn: zwischen 5,4 und 6,3 Jahren

Geschlecht der Kinder: 35 % Mädchen, 65 % Jungen

Muttersprachlicher Hintergrund:

Türkisch	35 Kinder	Griechisch	1 Kind
Russisch	7 "	Marokkanisch	2 Kinder
Arabisch	2 "	Thailändisch	1 Kind
Italienisch	4 "	Chinesisch	1 Kind
Albanisch	5 "	Jugoslawisch	1 "
Kurdisch	1 Kind	Spanisch	1 "
Bosnisch	2 Kinder	Roma	1 "
Kongolesisch	1 Kind	Deutsch	3 Kinder
Pakistani	1 "		
Polnisch	1 "		

Inhaltliche Arbeit in den Fördergruppen

- Alle Gruppen sind zunächst nach der Literaturvorgabe von Elke Schlösser vorgegangen
- Grenzen wurden erreicht, z.B. durch unterschiedliche Kenntnisse bei den Kindern, anderen Themen in den Gruppen
- Die Erzieherinnen stiegen in einen eigenen Prozess ein. Sie suchten neue Wege mit selbst entwickelten Materialien,
- Aufnahme des situationsbezogenen Ansatzes in die Gruppenarbeit (intensive Beobachtung, orientieren an den Bedürfnissen der Kinder).

9. Evaluation

Die Prozesse der Förderung für das einzelne Kind und die Gruppe werden dokumentiert

- durch vierteljährliches Führen von Beobachtungsbögen (Sprachentwicklung), die Grundlage für die weitere Planung, die Reflexion im Team sowie Elterngespräche sind.

Die Sprachstandsbeobachtung bzw. die Beobachtung der Sprachentwicklung, war Grundlage für die Auswahl der Kinder. Mit selbsterstellten Beobachtungsbögen wurde regelmäßig der Entwicklungsverlauf evaluiert.

Die Beobachtungsbögen wurden als Grundlage genutzt für die interne Reflexion, d. h. die Arbeit in der Gruppe und ihre Wirksamkeit. Weiterhin für den externen Austausch, z. B. in der Arbeitsgruppe.

- Der Gruppenprozess wurde festgehalten über das regelmäßige Führen von Wochenplänen und tägliches Festhalten einzelner Arbeitsschritte, Inhalte und Besonderheiten. Dabei ging es immer um eine Weiterentwicklung des Lernprozesses für die Kinder, aber auch um die Entwicklung von didaktisch-methodischen Standards der Sprachentwicklung im Elementarbereich.
- Zum Abschluss des Projektes wurde ein Auswertungsbogen entwickelt dessen Inhalte wie folgt zusammengefasst werden können:

Sprachverhalten: Erzählen und Berichten
Bedürfnisse und Wünsche äußern
Gefühle benennen
Sprechen vor der Gruppe
Korrektur Satzbau

Sozialverhalten: Beteiligung an gemeinsamen Beschäftigungen
Spiel mit deutschen und mit Kindern anderer Nationen
Konzentrationsfähigkeit

Logik: Erkennen, benennen, zuordnen
Farben
Zahlenbilder
Formen

Zahlen von 1 -10

Freude an der sprachlichen Kommunikation:

- mit Erwachsenen
- mit Kindern
- im Freispiel
- im Stuhlkreis
- bei gemeinsamen Liedern, Fingerspielen

Ergänzt wurden diese inhaltlichen Fragen durch Fragen zur Durchführung und zum Rahmen: Zeiten der Durchführung, Zusammenarbeit mit Eltern, Ergänzungen zum Konzept, eingesetzte Materialien, Rückmeldungen zur Konzeption, ob Fortschritte auch in der Großgruppe festgestellt werden können, ob Eltern Fortschritte erkennen, ob es ggfs. Rückmeldungen von Dritten gibt.

10. Auswertung

Bei der Auswertung der Fragebögen sind folgende markante Entwicklungen exemplarisch wahrzunehmen:

Sprachverhalten	- Erzählen und Berichten stieg von	30–50% auf 80–90%
	- Bedürfnisse u. Wünsche äußern	70% auf 90-100%
	- Gefühle benennen	30-50% auf 70-80%
	- Vor der Gruppe sprechen	30-60% auf 80-100%
	- Korrekter Satzbau	20-40% auf 50-70%

In den Bereichen Kommunikation mit Erwachsenen, mit Kindern in unterschiedlichen Situationen wie Freispiel, Stuhlkreis oder beim Singen stiegen alle Werte gravierend an. Zu Beginn war das Minimum bei 30-50% und sie stiegen in allen Gruppen auf 80-100% an.

Aus diesen Zahlen lässt sich ableiten, dass sich das Sprechverhalten der geförderten Kinder insgesamt stark verbessert hat. Die verschiedenen Sprach- und Lernebenen, die in der Förderung angesprochen werden, ermöglichen den Kindern mehr Freude, mehr Mut und Selbstständigkeit im Umgang mit der Zweitsprache.

Zu beobachten sind auch positive Auswirkungen auf die übrigen Kinder der Gruppen. Durch die Auseinandersetzung mit der Förderung der Sprache, ist in den Einrichtungen ein bewusster Umgang mit der Sprache etabliert worden. Das Sprachverhalten der Erzieherinnen verändert sich und bietet den Kindern bewusste Anreize im Alltag.

11. Ausblick

Ausgehend von der Analyse des ersten Projektzeitraumes vom 01.10.02 - 31.07.03 hat sich der Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder für einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Projekte entschieden.

Die Sprachförderung wird in Übereinstimmung mit dem interkulturellen Konzept des Stadtbetriebs inhaltlich weiterentwickelt.

Die intensive Förderung der Kinder wird im Rahmen des „ganzheitlichen Lernkonzeptes des Elementarbereiches“ kontinuierlich weiterentwickelt und in die laufende Arbeit der Tageseinrichtungen integriert.

Der Erlass sieht vorrangig die Förderung der Kinder vor der Einschulung vor. Wir haben das Ziel, mit der Sprachförderung früher einzusetzen und den Kindern, dem Entwicklungsverlauf entsprechend, ein breiteres Fundament in der Zweitsprache Deutsch vermitteln zu können. Dazu ist eine weitere kontinuierliche Qualifizierung der Erzieherinnen erforderlich.

Die Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal hat es möglich gemacht, im November 2003 eine gemeinsame Fachtagung zum Thema „Mehrsprachigkeit“ zu gestalten.

Die Förderung der Kinder wird exemplarisch in 5 Häusern durch Studentinnen des Fachbereiches Erziehungswissenschaft evaluiert. Um eine einheitliche und messbare Evaluation zu erreichen, wird der Beobachtungsbogen „SISMIK“ eingesetzt, der das Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen untersucht.